

AStA der Universität Mainz solidarisiert sich mit der Sozialwissenschaft an der Universität Göttingen

An der Universität Göttingen hat sich das Universitätspräsidium über ein einstimmiges Votum des zuständigen Fakultätsrats für die Verlängerung des Vertrags des Sozialwissenschaftlers Prof. Dr. Samuel Salzborn hinweggesetzt. Dieser Vorgang ist der vorläufige Höhepunkt einer präsidentalen Praxis, die selbst die rudimentären Reste studentischer Mitbestimmung und kollegialer Selbstverwaltung an Hochschulen noch abzuschaffen versucht, um als nicht ausreichend kapitalisierbar und damit irrelevant angesehene Fächer wie die Sozialwissenschaften zusammenkürzen zu können.

»Wir erklären uns solidarisch mit der Göttinger Sozialwissenschaft«, erklärt Umut Günc, AStA-Referent für Hochschulpolitik. Bundesweit gelte es, für mehr hochschulinterne Demokratie einzutreten und sich gemeinsam gegen ihre Schleifung zu wehr zu setzen.

Besondere Brisanz erhält dieser Fall dadurch, dass Salzborn nicht nur ein unter den Studierenden außerordentlich populärer Dozent ist, sondern überdies ein renommierter Antisemitismus-, Demokratie- und Rechtsextremismusforscher, der gerade jetzt fallen gelassen werden soll, als er eine Dokumentationsstelle für Rechtsextremismus- und Islamismusforschung mit Finanzvolumen in Millionenhöhe durchzuführen anstrebt.

»Eine politisch fatale Entscheidung«, findet Sebastian Bauer, autonomer Referent im AStA. »Wir fordern sowohl finanziellen als auch institutionellen Rückhalt für die Aufarbeitung des NSU-Komplexes und die Verstrickung staatlicher Behörden in den rechtsextremen Terrorismus in der BRD, sowie eine Stärkung der Erforschung des Islamismus und des Antisemitismus in all seinen Facetten.«

»Es muss ein Umdenken stattfinden, weg vom Leitbild der unternehmerischen Hochschule, in der die Relevanz ganzer Fachgebiete nach deren Kapitalisierbarkeit bemessen wird, hin zu Universitäten, die das Prinzip der Freiheit von Forschung und Lehre verteidigen, damit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können«, so abschließend Kira-Marie Brennemann, AStA-Referentin für Politische Bildung.